

Neuer Schlag für Bundesanwalt Lauber: Die zuständigen Kommissionen bestätigen viele Vorwürfe gegen ihn **SEITE 12**

Für die Verlängerung der Nothilfe an Selbständige braucht es im Herbst eine ausserordentliche Session **SEITE 12**

«Wir müssen der EU relativ rasch neue Vorschläge unterbreiten»

Aussenminister Ignazio Cassis sagt, wenn das Volk im September die Freizügigkeit bestätigt, müsse die Schweiz bald hinsichtlich Rahmenvertrag auf die EU zugehen. Im Gespräch mit Fabian Schäfer und Christof Forster spricht er zudem über die Probleme der Uno

Herr Cassis, die Uno feiert am Freitag das 75-Jahr-Jubiläum ihrer Charta, gibt aber gleichzeitig im Kampf gegen Corona ein schlechtes Bild ab. Der Sicherheitsrat ist blockiert. Trotzdem will die Schweiz 2023 und 2024 einen Sitz im Rat einnehmen. Was versprechen Sie sich davon?

Gerade die derzeit schwierige Situation bietet der Schweiz eine gute Gelegenheit, ihre Rolle als Vermittlerin auszuspielen. Wir sind neutral, gehören keiner Allianz an und können Brücken bauen mit unseren Guten Diensten. Die Staaten mit einem nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat haben eine wichtige Funktion: Sie stellen den Kontakt her zwischen Konfliktparteien und vermitteln unter den fünf ständigen Mitgliedern USA, China, Russland, Frankreich und Grossbritannien.

Ist ein Sitz im Sicherheitsrat vereinbar mit der Schweizer Neutralität?

Das ist eine Grundsatzfrage, die wir bereits zu Beginn der Kandidatur 2011 und zusätzlich in einem Bericht von 2015 geklärt haben. Der Bundesrat ist überzeugt, dass der Einsitz rechtlich und politisch mit der Neutralität vereinbar ist – auch wenn nicht alle im Parlament diese Meinung teilen. Andere neutrale und bündnisfreie Staaten wie Schweden und Österreich hatten ebenfalls bereits mehrfach einen Sitz im Sicherheitsrat.

Die SVP sieht dies anders: Sie sagt, ein Sitz im Sicherheitsrat sei nur sinnvoll, wenn ein Land die Weltpolitik in Bezug auf Krieg und Frieden mitgestalten wolle. Passt das zur Neutralität?

Ja. Es ist zwar vorstellbar, dass die Schweiz im Sicherheitsrat in heikle Situationen kommen wird, aber damit kann man umgehen. In solchen Fällen ist besondere Vorsicht geboten. Wir können uns dann zum Beispiel der Stimme enthalten. Aber das wird, wenn überhaupt, nur selten nötig sein. Wesentlich wichtiger ist die andere Rolle der nichtständigen Mitglieder: Sie tragen dazu bei, dass im Rat Kompromisse und Entschiede zustande kommen können.

In der Uno-Charta sind hehre Motive verankert: Weltfrieden, Sicherheit, Waffengewalt nur im gemeinsamen Interesse, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt aller Völker. Würden Sie sagen, die Uno hat ihre Ziele erreicht?

Die Armutquote ist in den vergangenen 50 Jahren stark gesunken. Dies ist das Verdienst einer Weltordnung, die auf Sicherheit und Frieden gründet. Es gab zwar seit dem Zweiten Weltkrieg viele bewaffnete Konflikte, aber keine weltumspannende Katastrophe. Der Welt ging es bis zur Corona-Krise wohl noch nie so gut wie heute. Deshalb ist heute auch die Sorge zu spüren, ob diese gute Entwicklung anhalten wird – oder ob wir den Höhepunkt erreicht haben. Es besteht die Angst, dass es zwischen den USA und China zu einer Art neuem kaltem Krieg kommt. Für unsere Weltordnung spielt die Uno eine zentrale Rolle. Je schwächer die Uno ist, desto mehr Angst müssen wir haben.

Sie würden sagen, die Welt steht heute dank der Uno viel besser da?

Absolut. Ihr Vorläufer, der Völkerbund mit Sitz in Genf, hatte die Grundlage für die Uno geschaffen. Es brauchte zwei Anläufe für eine solche Weltorganisation. Am Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Uno, gestützt auf die Werte des Westens, eine neue Weltordnung geschaffen, die bis heute anhält. Die Uno



«Es liegt an den Menschen. Sie sind Machttiere»: Cassis zur Blockade im Uno-Sicherheitsrat in der Corona-Pandemie.

ANNICK RAMP / NZZ

war in den vergangenen Jahrzehnten in der Lage, zahlreiche Konflikte zu dämpfen – auch wenn es natürlich nie eine perfekte Organisation war und sein wird.

Zurzeit schafft es der Sicherheitsrat nicht, bei der Bekämpfung des Coronavirus eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Wie erklären Sie sich das?

Es liegt an den Menschen. Immer. Sie sind Machttiere. Wir versuchen, dies zu kompensieren, indem wir den Machtansprüchen von Politikern und Staaten kollektive Interessen gegenüberstellen. Dies funktionierte gut, solange die Erinnerung an die Weltkriege lebendig war. Doch die Menschen, die heute leben, haben den Krieg grösstenteils nicht er-

«Nicht einmal die Schweiz kann der EU so viel bezahlen, dass sie auf ihre Grundprinzipien verzichten wird.»

lebt. Dies erklärt gewisse Probleme der Uno zu einem Teil. Heute meinen einige, in der multipolaren Welt brauche es die Uno nicht mehr und es würde ihren Ländern ohne Uno vielleicht besser gehen. Das ist gefährlich. Und das widerspiegelt sich auch im Sicherheitsrat: Er fällt zwar die allermeisten Entschiede einstimmig. Bei den geopolitischen heissen Themen aber ist er derzeit wirklich nicht immer in Bestform.

Das Engagement in der Uno kann innenpolitische Konflikte auslösen, wie 2018 die giftige Debatte um den Uno-Migrationspakt zeigte. Eigentlich hätten Sie Ende 2019 eine Vorlage dazu präsentieren sollen. Bis jetzt liegt sie nicht vor. Wann geht es weiter?

Grundsätzlich ist zu sagen, dass wir im Auswärtigen Departement nie vergessen dürfen, welche innenpolitischen Konsequenzen unsere Arbeit hat. Beim Migrationspakt habe ich den Diplomaten nach meinem Amtsantritt sofort gesagt, dass sie das Thema unterschätzen. Das hat sich dann mit der heftigen Debatte und der breiten Opposition auch bestätigt. Der Bundesrat wird dem Parlament noch dieses Jahr die Botschaft zum Migrationspakt unterbreiten.

Die SVP wittert ein Komplott: Sie glaubt, dass Sie den Pakt bewusst zurückhalten, weil das Thema am 27. September der Initiative gegen die Personenfreizügigkeit helfen könnte.

Das sind Verschwörungstheorien. Der Migrationspakt hat mit der Freizügigkeit nichts zu tun. Man kann emotional natürlich immer alles vermischen, aber das wird nicht funktionieren. Man kann den Leuten relativ gut erklären, dass Personenfreizügigkeit und Asylpolitik zwei sehr unterschiedliche Fragen sind.

Bleiben wir bei der Europapolitik: Halten Sie es für möglich, dass im September eine Mehrheit den freien Personenverkehr und damit den bilateralen Weg der Schweiz beenden wird?

Möglich ist es sicher, aber ich rechne heute nicht damit. Die grosse Frage ist, welchen Einfluss die Covid-19-Krise hat. Ich bin kein Kaffeesatzleser. Aber wenn ich sehe, wie gross in den letzten Wochen der Drang vieler Menschen war, sich frei zu bewegen oder wieder ins Ausland reisen zu können, dann denke ich, dass der freie Personenverkehr hohen Stellenwert hat. Der Druck auf die rasche Öffnung der Grenzen war gross. Alle diese Leute müssen eines wissen: Die Begrenzungsinitiative der SVP würde in erster Linie die Freiheit begrenzen.

Es gibt aber auch die wirtschaftlichen Sorgen: Wenn in den EU-Ländern die grosse Rezession kommt, drängen mehr Zuwanderer in die Schweiz.

Die These, dass uns die EU-Einwanderer die Jobs klauen, gibt es schon lange, aber sie lässt sich nicht halten. Das zeigen die Arbeitslosenzahlen. Wir hatten lange beinahe Vollbeschäftigung in der Schweiz. Jetzt in der Krise wird die Arbeitslosigkeit zwar steigen, aber dadurch wird auch die Zuwanderung zurückgehen. Das soll nicht heissen, dass ich diese Sorgen nicht verstehe. Als Tessiner verstehe ich sie sogar sehr gut. In meiner Heimat ist der Druck durch die Lombardei extrem gross. Wenn wir aber nüchtern die Zahlen anschauen, hat auch das Tessin keinen Grund zu klagen. Die Arbeitslosigkeit ist kaum höher als in der Deutschschweiz. Eine Annahme der Initiative aber würde unsere Wirtschaft ins Stottern bringen, ausgerechnet in einer Zeit, wo sie wieder auf Touren kommen muss.

Man hört zwei europapolitische Thesen zu Corona: Die einen sagen, die Krise habe gezeigt, dass in der Not jeder Staat für sich schaut – die anderen sagen, gerade in der Krise sei die Zusammenarbeit zwischen Bern und Brüssel gut und wichtig gewesen. Wer hat recht?

Beide. Zu Beginn haben tatsächlich viele Staaten die Tore geschlossen und nur noch an sich gedacht. Das ist eine menschliche Reaktion, wenn eine Gefahr droht. Diese Phase dauerte etwa zehn Tage. Danach haben die Länder in Europa gemerkt, dass sie aufeinander angewiesen sind, um ihre Bevölkerung schützen zu können. Ab diesem Zeitpunkt war die Zusammenarbeit intensiver als in gewöhnlichen Zeiten. Wir in Bern haben in diesen Wochen fast wie eine Telefonzentrale funktioniert, dauernd mussten wir Verbindungen nach Brüssel oder in einzelne Länder herstellen. Ich habe noch nie so viel mit meinen Amtskollegen telefoniert. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt.

Wie geht es mit dem geplanten Rahmenabkommen weiter, wenn die SVP-Initiative abgelehnt wird?

Der Bundesrat hat letztes Jahr entschieden, dass er das Abkommen im grossen Ganzen unterstützt, aber bei drei un-

strittenen Fragen weitere Klärungen verlangt (Anm. d. Red.: Lohnschutz, staatliche Beihilfen, Unionsbürgerrichtlinie). Die grosse Frage ist nun, ob wir innenpolitisch breit abgestützte Lösungen für diese Punkte finden. Ich denke, das sollten wir schaffen. Wir arbeiten daran, die Gespräche mit den Sozialpartnern und Kantonen laufen. Das Resultat dieser Gespräche soll in einen neuen Vorschlag an die EU münden. Ob diese darauf eingehen wird, werden wir sehen. Wir müssen darauf achten, dass unsere Vorschläge auch für die EU realistisch sind.

Also darf man davon ausgehen, dass der Bundesrat nach einem Nein zur SVP-Initiative bald mit neuen Vorschlägen zum Rahmenvertrag auf die EU zugeht? Es ist nach wie vor in unserem Interesse, die institutionellen Fragen zu klären, um den gegenseitigen Binnenmarktzugang abzusichern und weitere Marktzugangsabkommen abschliessen zu können. Und die Ausgangslage ist klar: Der Ball liegt bei uns. Nach der Abstimmung im September müssen wir der EU relativ rasch unsere neuen Vorschläge unterbreiten. Wann genau der richtige Augenblick ist, wird der Bundesrat entscheiden. Wir werden aber sicher nicht sagen können, dass wir noch einmal ein Jahr brauchen, um nachzudenken.

Linke Politiker schlagen einen Deal vor: Die Schweiz solle die Krisenbekämpfung der EU finanziell unterstützen und im Gegenzug Entgegenkommen beim Lohnschutz im Rahmenvertrag verlangen. Ist das ein möglicher Ausweg?

Kaum, die Haltung der EU ist klar. Zu ihren Grundprinzipien gehört, dass alle Teilnehmer am Binnenmarkt dieselben Spielregeln einhalten müssen und den Wettbewerb nicht verzerren dürfen. Deshalb stellt sie unseren Lohnschutz infrage. Geld könnte bei der Lösung der Probleme zwar eine Rolle spielen. Aber nicht einmal die Schweiz kann der EU so viel bezahlen, dass sie auf ihre Grundprinzipien verzichten wird. Brüssel hat in dieser Krise realisiert, dass der Binnenmarkt das Rückgrat der EU ist. Das ist der grosse Schatz, den sie haben. Diesen Schatz, den Marktzugang, werden sie nicht leichtfertig verkaufen. Wir sollten pragmatisch und realistisch bleiben, sonst machen wir uns unglaubwürdig.

ANZEIGE

«Können wir heute bestimmen, wie es uns später geht?»



Annette Behringer
Leiterin Beratungs-
dienstleistungen
Privatkunden
zum selbstbestimmten
Leben

SwissLife